



**Presse  
Zuschauer**

**Entschuldigt fehlen:**

**Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung**

Herr Marc Müller	auf Vorschlag der Grünen	fehlt entschuldigt
Frau Marianne Wolf	auf Vorschlag der FDP	fehlt entschuldigt

Verwaltung: Herr Dr. Höver

Verwaltung und Protokoll: Herr Schnitzler

Fachamt: 21, Herr Reinhold 57, Frau Pappenheim  
32, Frau Krämer 67, Herr Böckmann  
32, Herr Schnieders

**Tagesordnung**

**I. Öffentlicher Teil**

**1 Mitteilungen**

**2 Anfragen**

2.1 Mündliche Anfragen

2.2 Schriftliche Anfragen

**3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW**

3.1 Eingabe zur Beleuchtung eines Weges, zu Toilettenanlagen im Rheinpark sowie zu einer Werbung in türkischer Sprache (Az.: 02-1600-14/08)  
1442/2008

3.2 Feinstaubplakette für Kfz mit Autogasantrieb (Az.: 02-1600-19/08)  
1541/2008

3.3 Eingabe für die Gleichstellung des Tierschutzvereins Pitbull, Stafford & Co. e. V. mit den Kölner Tierheimen (Az.: 02-1600-32/08)  
2038/2008

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Mitteilungen**

### **2 Anfragen**

#### **2.1 Mündliche Anfragen**

- keine -

#### **2.2 Schriftliche Anfragen**

- keine -

### **3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW**

#### **3.1 Eingabe zur Beleuchtung eines Weges, zu Toilettenanlagen im Rheinpark sowie zu einer Werbung in türkischer Sprache (Az.: 02-1600-14/08) 1442/2008**

##### **Beratungsverlauf:**

Die Antragstellerin ist nicht anwesend.

Herr Böckmann, 67, Amt für Landschaftspflege und Grünflächen, nimmt Stellung für die Verwaltung. Er erläutert die Öffnungszeiten der im Rheinpark nutzbaren Toilettenanlagen (z. B. im Parkcafe, Tanzbrunnen-Restaurant). Anschließend stellt er mögliche Alternativen in der Nähe des Rheinparks bzw. des Kinderspielplatzes vor: Deutzer Bahnhof (Entfernung ca. 1000 m), Toilette in der Werbesäule im Bereich der Deutzer Freiheit (Entfernung ca. 1200 m), Claudiustherme (Entfernung ca. 800 m). Er regt an, auf den Hinweistafeln an den verschiedenen Ein-/Ausgängen auf die Toilettenalternativen in verschiedenen Sprachen hinzuweisen.

Frau Schmerbach bittet zunächst die Verwaltung, darauf zu achten, dass die in Aussicht gestellte Installation einer Beleuchtungsanlage an dem Fußweg von der Odemshofallee zur S-Bahnhaltestelle Köln-Lövenich tatsächlich auch bis Ende Juni 2008 realisiert ist. Anschließend regt sie im Zusammenhang mit der Diskussion um die Toilettenanlagen im Rheinpark die Verwendung von Piktogrammen an, anstatt die Hinweise - wie von der Verwaltung vorgeschlagen - in verschiedenen Sprachen darzustellen. Sie bemängelt, dass die Öffnungszei-

ten der Toilettenanlage im Parkcafe nicht bedarfsgerecht sind; sie regt an, die Toiletten früher (z. B. ab 9.00 Uhr) zu öffnen.

Frau Dr. Reimers regt an zu prüfen, ob die Firma JC Decaux eventuell bereit ist, im Eingangsbereich des Rheinparks eine in eine Werbesäule integrierte Toilettenanlage zu installieren.

Frau Holländer bittet zu überlegen, ob - eventuell als Übergangslösung - im Rheinpark zusätzliche mobile Toilettenanlagen aufgestellt werden können.

Frau Gebauer hält den Vorschlag von Frau Dr. Reimers für unterstützenswert, jedoch ist es für sie wichtig, dass im Bereich des Kinderspielplatzes Toiletten vorhanden sind.

Frau Schmerbach unterstützt diese Aussage.

Herr Böckmann schlägt vor zu versuchen, bei der Toilettenanlage des Parkcafes die Öffnungszeiten in die Wintermonate auszuweiten und die Öffnungszeiten insgesamt bedarfsgerechter zu gestalten.

Die Ausschussmitglieder unterstützen diesen Vorschlag.

Anschließend formuliert der Vorsitzende aufgrund der Redebeiträge einen Beschlussvorschlag.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden begrüßt die kurzfristige Installierung einer Beleuchtungsanlage für den Fußweg von der Odemshofallee zur S-Bahnhaltestelle Köln-Lövenich.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden betont grundsätzlich die Notwendigkeit für weitere Toilettenanlagen im Rheinpark (z. B. im Bereich des Kinderspielplatzes).

Die Verwaltung wird gebeten, auf den Infotafeln an den Ein-/Ausgängen ggf. unter Verwendung von Piktogrammen Hinweise zu den Toilettenanlagen im Rheinpark und in der näheren Umgebung anzubringen. Die Toilettenanlage im Parkcafe soll auch in den Wintermonaten geöffnet sein und in den Sommermonaten früher öffnen (z. B. ab 9.00 Uhr). Weiterhin soll geprüft werden, ob im Rheinpark weitere Toilettenanlagen (mobil oder stationär) installiert werden können (z. B. Anlage in einer Werbesäule von JC Decaux).

Die Bezirksvertretungen Innenstadt und Lindenthal sollen über die Angelegenheit informiert werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **3.2 Feinstaubplakette für Kfz mit Autogasantrieb (Az.: 02-1600-19/08) 1541/2008**

#### **Beratungsverlauf:**

Der Antragsteller erläutert ausführlich die Eingabe. Er bemängelt, dass der Gesetzgeber die Umweltfreundlichkeit von Autogas anerkennt, aber umgerüstete Fahrzeuge bei der Zuteilung von Feinstaubplaketten nicht berücksichtigt. Er fordert die Verwaltung auf, nach kreativen Lösungen zu suchen und bittet den Ausschuss, sich dafür einzusetzen, dass ihm eine Feinstaubplakette für sein Auto zugeteilt wird.

Herr Schnieders, 32, Amt für öffentliche Ordnung, nimmt Stellung für die Verwaltung. Er macht deutlich, dass die Verwaltung an die gesetzlichen Vorgaben gebunden ist. Es sei Aufgabe des Gesetzgebers, für diese Sonderfälle besondere Regelungen, wie z. B. bei Oldtimerfahrzeugen, zu schaffen.

Herr Dr. Elster führt aus, dass es sich bei der Kölner Umweltzone praktisch um einen Pilotversuch handelt. Unzulänglichkeiten bei gesetzlichen Regelungen, die jetzt offenkundig würden, müssten von der Verwaltung dem Gesetzgeber zur Kenntnis gegeben werden. Er regt an, dem Umweltausschuss und dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen zu empfehlen, die Verwaltung prüfen zu lassen, wie im Sinne des Umweltschutzes in diesem Einzelfall (oder bei vergleichbaren Fällen) geholfen werden kann.

Frau Dr. Reimers fragt, ob es eventuell möglich ist, im Vorgriff auf eine mögliche Gesetzesänderung eine Plakette an den Antragsteller zu vergeben.

Herr Löwisch fragt, ob eine vorläufige Ausnahmegenehmigung erteilt werden kann.

Herr Schnieders antwortet, dass die vorgenannten Vorschläge nicht realisierbar sind. Er bietet jedoch an, bei der Bezirksregierung anzufragen, ob die Stadt Köln eventuell ermächtigt werden kann, eine Ausnahmeregelung zu treffen.

Anschließend formuliert der Vorsitzende aufgrund der Vorschläge einen Beschlussvorschlag.

#### **Abweichender Beschluss:**

Die Verwaltung wird gebeten, den Gesetzgeber über festgestellte Unzulänglichkeiten bei den gesetzlichen Regelungen (z. B. hinsichtlich der Fahrzeuge, die auf Gasbetrieb umgerüstet wurden) zu informieren. Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, wie vorgeschlagen bei der Bezirksregierung anzufragen, ob eine Erweiterung des Ermessensspielraumes für die Verwaltung möglich ist mit dem Ziel, für den Antragsteller (und vergleichbare Fälle) eine Ausnahmeregelung zu treffen.

Den Ausschüssen Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie Umwelt, Gesundheit und Grün soll die Angelegenheit zur Kenntnis gegeben werden, der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden soll über die Ergebnisse informiert werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**3.3 Eingabe für die Gleichstellung des Tierschutzvereins Pitbull, Stafford & Co. e. V. mit den Kölner Tierheimen (Az.: 02-1600-32/08) 2038/2008**

**Beratungsverlauf:**

Ein Vertreter der Antragsteller erläutert kurz die Eingabe.

Frau Krämer, 32, Amt für öffentliche Ordnung, und Frau Pappenheim, 57, Veterinäramt, betonen, dass die Verwaltung gut mit den Antragstellern zusammenarbeitet. Die Antragsteller würden die Stadt Köln vorbildlich bei der Unterbringung von Hunden der sogenannten Kampfhunderassen unterstützen. Sie befürworten eine Gleichstellung der Antragsteller mit den Tierheimen Zollstock und Dellbrück.

Herr Reinhold, 21, Kassen- und Steueramt, spricht sich ebenfalls für eine Gleichstellung der Antragsteller mit den anderen beiden Tierheimen aus.

Herr Pohl bestätigt die gute Arbeit der Antragsteller und spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Herr Löwisch teilt mit, dass nach seinen Informationen überlegt worden sei, den Kölner Tierheimen pauschale finanzielle Zuweisungen zu geben. Er bittet, in einem solchen Fall auch die Antragsteller zu berücksichtigen.

Frau Schmerbach regt an zu prüfen, ob es weitere Einrichtungen in Köln gibt, die vertraglich für die Stadt Köln Hunde aufnehmen. Sollte dieses zutreffen, sollten diese Einrichtungen auch in die erweiterte Ratsvorlage aufgenommen werden.

Frau Holländer und Frau Gebauer unterstützen diesen Vorschlag.

Herr Thelen regt an, den Ratsbeschluss bzw. den Beschlussvorschlag so allgemein abzufassen, dass die Regelung für alle derzeitigen und künftigen vergleichbaren Einrichtungen gilt.

**Abweichender Beschluss:**

Die Eingabe wird dem Finanzausschuss zur Entscheidung überwiesen.

Es wird empfohlen, die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen, ob es weitere Einrichtungen in Köln gibt, die vertraglich für die Stadt Köln Hunde aufnehmen und eine Vorlage für den Rat zu fertigen, die eine Erweiterung des Beschlusses vom 25.03.2004 auf alle derzeitigen und künftigen vergleichbaren Einrichtungen vorsieht.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Thelen  
Ausschussvorsitzender

Schnitzler  
Schriftführer